

Bundesweiter Gipfel stieg im „Big Tipi“

Kinder fordern Politiker zum Handeln auf



Anstoß für Veränderung: Marieluise Beck nimmt den „Zukunftsvertrag“ entgegen. (WR-Bild: Franz Luthe)

(psr) Warum sind viele Städte so kinderfeindlich? Warum gibt's noch immer Kindersoldaten? Warum nicht überall Kinder- und Jugendparlamente? „Wir fordern, dass weniger Bäume abgeholzt werden, Fahrkarten billiger und Lehrpläne aufgelockert werden!“ Beim Kindergipfel in Dortmund wurden viele Fragen aufgeworfen. Viele Forderungen gestellt. Jetzt sind die „Großen“, die Politiker, am Zug.

„Wir machen die Politik von morgen!“ - Kinder reden - Erwachsene hören zu - das war das Motto des Kindergipfels. Tägliche Praxis mit Politikern aller Couleur. Besonders auffällig auch am Abschlusstag, als sich die rund 70 Kinder und Jugendlichen zwischen elf und 15 Jahren aus verschiedenen Bundesländern noch einmal richtig Luft machten und mit den Politikern im „Big Tipi“ diskutierten. Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer hatte Dortmund für vier Tage zur Kinderhauptstadt erklärt. Hatte beim Auftakt im Rathaus noch die zuckersüße „Kindergipfel-Torte“ angeschnitten. Weniger süße, vielmehr deutliche Worte, zuweilen auch bittere Wahrheiten

hielten die jungen Teilnehmer im Laufe zahlreicher Workshops fest.

Im offiziellen „Zukunftsvertrag“, der am Samstag an Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen) als Vertreterin der Bundesregierung übergeben wurde, steht beides: ein Katalog von Forderungen und einer der Selbstverpflichtungen. Die Missstände vor Augen, wollen die Kinder mit gutem Beispiel vorangehen. Zum Beispiel, wenn es um das Thema Frieden geht. „Die Politik soll den Einsatz von Kindersoldaten aktiv verhindern, Friedensorganisationen stärker unterstützen“, vermehrt Entwicklungshilfe für Länder leisten, die vom Krieg betroffen sind. Die Kinder, so die Selbstverpflichtung, wollen Organisationen und Projekte für den Frieden unterstützen, „wir akzeptieren andere Menschen und Kulturen, so wie sie sind.“ Mehr Umweltschutz, besserer Umgang zwischen Schülern und Lehrern, mehr Freizeitangebote für behinderte Kinder. Ein Nein zu Gewalt unter Jugendlichen und Rechtsextremismus. Ein klares Ja zu mehr politischer Mitbestimmung. Viele Fragen, viele Forderungen. Die Kinder haben gesprochen - jetzt sind die Politiker am Zug.